UMDENKEN DER POLITIK IM KAMPF GEGEN KINDERARMUT GEFORDERT

Veröffentlicht am 05.09.2024 um 10:32 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

"Kinderarmut ist kein Randproblem, sondern eine der drängendsten sozialen Herausforderungen unserer Zeit", erklärt Dirk von der Osten, Vorstandsvorsitzender der AWO Region Hannover und Mitunterzeichner des Appells.

Der "Ratschlag Kinderarmut", ein Zusammenschluss aus 51 Akteurinnen und Akteure aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft, fordert ein konsequentes Umdenken der Politik im Kampf gegen Kinder- und Jugendarmut. In einem eindringlichen Appell fordern die Unterzeichnenden, dass Bund, Länder und Kommunen endlich gemeinsam an einem Strang ziehen: "Weg von einem Kooperationsverbot zwischen den föderalen Ebenen und hin zu einem Kooperationsgebot."Die Unterzeichner betonen, dass das Aufwachsen in Armut die gesellschaftliche Teilhabe nachhaltig beeinträchtigt und das Leben der Betroffenen langfristig prägt. Trotz des Wohlstands in Deutschland liegt die Armutsquote unter Kindern und Jugendlichen seit Jahrzehnten auf einem alarmierend hohen Niveau von 20 Prozent. Besorgniserregend ist zudem, dass die Dauer, in der junge Menschen in Armut leben, in den vergangenen Jahren weiter angestiegen ist. Vor dem Hintergrund einer Sparpolitik, die auch vor Angeboten für Kinder, Jugendliche und ihre Familien nicht haltmacht, fordert der Ratschlag Kinderarmut ein Umdenken im Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen. Nicht die Frage, wer welche Maßnahmen bezahlt, sollte im Vordergrund stehen, sondern die Förderung eines guten Aufwachsens für alle. Dafür braucht es eine Stärkung der Infrastruktur vor Ort. Das wird aber nur funktionieren, wenn Kommunen, Länder und der Bund sich gemeinsam zuständig fühlen und alle Ebenen auch tatsächlich Verantwortung übernehmen."Kinderarmut ist kein Randproblem, sondern eine der drängendsten sozialen Herausforderungen unserer Zeit", erklärt Dirk von der Osten, Vorstandsvorsitzender der AWO Region Hannover und Mitunterzeichner des Appells. Es dürfe nicht länger um Zuständigkeitsfragen gehen, sondern um die Verantwortung für jedes einzelne Kind. "Hier ist gemeinsames Handeln erforderlich, um gleiche Chancen für alle zu schaffen", betont von der Osten. Ein gutes Aufwachsen dürfe nicht vom Wohnort oder der finanziellen Situation der Eltern abhängen.Die vollständige Erklärung des Ratschlags Kinderarmut 2024 „Vom Kooperationsverbot zum Kooperationsgebot!“ steht auf der Homepage der Nationalen Armutskonferenz unter www.nationale-armutskonferenz.de/category/kinderarmut/.